

Perspektiven formulieren und Kraft für ihre Durchsetzung aufbauen

Antwort an [P. Trotzigs Kritik](#) am [Positionspapier der Gewerkschaftslinken](#) von Matthias Fritz für den Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Auf der Konferenz der Gewerkschaftslinken, auch wenn sie nicht so viele TeilnehmerInnen hatte, waren VertreterInnen vieler wichtiger gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen der letzten Jahre und rund 15 politische Organisationen vertreten. Die Schlusserklärung soll eine Basis formulieren, auf der gemeinsam gegen die Politik der Anpassung an die Regierung und die Bedürfnisse des Kapitals der deutschen Gewerkschaften vorgegangen werden kann. Diese Plattform ist keinesfalls eine komplette Analyse plus Aktionsprogramm, welche zumindest einige der anwesenden Kräfte haben. Jede Spekulation, ob „die Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken die Übernahme des Betriebes durch die Beschäftigten nicht für ein grundsätzlich erstrebenswertes Ziel“ hält oder nicht, ist also im Ansatz schon Unsinn.

Das Kriterium für diejenigen, die an der Debatte teilgenommen haben, ist vielmehr, ob die dabei aufgezeigten Angriffe und die aus unserer Sicht notwendigen Antworten in diesen Kämpfen eine Rolle spielen können, die Kämpfe erfolgreicher und mit mehr Perspektive zu führen.

Diese Kämpfe werden derzeit von Angriffen seitens des Kapitals und seiner Regierung bestimmt und das wird sicher noch zunehmen. Dabei sind ArbeiterInnen gezwungen ihre Existenz zu verteidigen, die systemgemäß die von LohnarbeiterInnen ist. Ihre Entlassung wird sie nicht vom Zwang, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, befreien, sondern nur auf ein billigeres Niveau drücken.

Hier die Frage zu stellen, wie aus solchen Abwehrkämpfen eine Überwindung der Lohnarbeit möglich wird, ist sicher berechtigt. An dieser Stelle gab es sehr unterschiedliche Vorstellungen auf der Konferenz. Auch der Begriff der „Übernahme des Betriebes“ ist zugegebenermaßen unklar, nicht nur „notfalls“ defensiv. Allerdings weist die „Betriebsbesetzung“ als Vorschlag darauf hin, dass das Verfügungs- bzw. Eigentumsrecht des Kapitalisten angegriffen werden soll – aus dem Kampf heraus, den Beschäftigte um Arbeitsplätze führen, die sie tatsächlich für die „ihren“ halten. In einer solchen Auseinandersetzung diese zu „den ihren“ zu machen und die dabei zutage tretenden Zusammenhänge zu verstehen, halten wir in gewerkschaftlichen Kämpfen für zielführender als Vorträge über die Lohnarbeit an sich.

Mit seinen Vorschlägen bleibt der Autor selbst komplett im Kapitalismus verfangen. Offensichtlich sieht er es als erstrebenswert an, dass „die Beschäftigten den Betrieb übernehmen, um ihn in demokratischer Selbstverwaltung zu führen“. Wozu? Um sich selbst auszubeuten? Um in Konkurrenz mit anderen Betrieben um Marktanteile zu kämpfen? Hier bleibt Peter Trotzig mindestens so viele Antworten schuldig, wie der Kompromiss der Schlusserklärung.



Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, versteht er nicht als das, was sie sein soll: Eine Maßnahme gegen die Krisenabwälzung der Kapitalisten – der kleinen wie der großen – gegen die Arbeiterklasse. Peter Trotzig versteht das als Gestaltungsmaßnahme im Kapitalismus, also durch und durch reformistisch. Seine Sorge gilt den Kleinkapitalisten, die dadurch – offensichtlich nicht durch das Großkapital – Bankrott machen würden.

Da stellt sich die Frage nach Trotzigs Perspektive? Selbstverwaltete Kleinbetriebe, die unbehelligt von unverschämten Arbeiterforderungen emanzipatorisch ökonomische Nischen mit sinnvollen Produkten befüllen? Ob dieser Reformismus mehr Perspektive hat? Und für wen? Aus unserer Sicht jedenfalls nichts, was den gewerkschaftlichen Kampf stärker oder antikapitalistischer machen würde.